

Positionspapier

Kein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche Rechte stärken statt Teilhabe beschneiden

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag ein Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien von 14 Jahren mit besonderen Schutzregeln bis 16 Jahren beschlossen. Fachpolitiker*innen der SPD-Bundestagsfraktion schlagen ein Verbot bis 14 Jahre sowie eingeschränkte Plattformversionen bis 16 Jahre vor. Auch führende Politiker*innen der Grünen äußern sich offen für Altersgrenzen. International wird häufig das australische Modell als Beispiel genannt, das die Nutzung sozialer Medien für unter 16-Jährige verbietet. Diese Debatte findet vollkommen ohne die Beteiligung junger Menschen statt.

Die Vorschläge für ein Social-Media-Verbot greifen zu kurz und lösen die bestehenden Probleme im Kontext digitaler Plattformen nicht. Stattdessen drohen sie, Grundrechte junger Menschen einzuschränken und neue Risiken zu schaffen. Als Bundesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend der Partei Die Linke lehnen wir Social-Media-Verbote für junge Menschen entschieden ab.

Digitale Räume sind heute ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Kinder und Jugendliche informieren sich dort, tauschen sich aus und beteiligen sich an gesellschaftlichen Debatten. Ein pauschales Social-Media-Verbot steht daher im Widerspruch zur **UN-Kinderrechtskonvention**, die ausdrücklich auch digitale Räume umfasst: Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Zugang zu Information, auf Meinungsfreiheit, auf Datenschutz sowie auf Beteiligung und Bildung.

Zentrales Argument für Verbotsforderungen ist häufig der Schutz der psychischen Gesundheit. Die wissenschaftliche Studienlage ist hier jedoch deutlich differenzierter, als es die politische Debatte nahelegt. Zwar finden Studien teilweise Zusammenhänge zwischen intensiver Social-Media-Nutzung und psychischen Belastungen, klare kausale Effekte lassen sich jedoch nur in sehr geringem Ausmaß nachweisen. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen auch positive Effekte moderater Nutzung, etwa durch soziale Unterstützung, Zugang zu Informationen oder Möglichkeiten zum Austausch. Gerade für junge Menschen, die sich in ihrem Umfeld isoliert fühlen oder Diskriminierung erleben, können digitale Räume wichtige Orte der Vernetzung sein.

Ein pauschales Verbot lässt diese Räume nicht verschwinden, sondern verschiebt ihre Nutzung lediglich in inoffizielle und weniger regulierte Bereiche. Junge Menschen würden soziale Medien weiterhin nutzen – allerdings ohne offene Begleitung durch Eltern, Lehrkräfte oder Fachkräfte der Jugendarbeit. Dadurch würden Prävention und Unterstützung bei Cybermobbing oder Cybergrooming erschwert.

Hinzu kommen erhebliche praktische und rechtliche Probleme. Eine Altersüberprüfung müsste in der Praxis meist über Ausweisdokumente oder biometrische Verfahren erfolgen und schafft damit neue Risiken für Datenschutz und Überwachung. Gleichzeitig sind solche Systeme leicht zu umgehen und die Probleme werden lediglich auf andere Plattformen oder Kommunikationsräume verlagern.

Aus unserer Sicht geht die Verbotsdebatte deshalb am eigentlichen Problem vorbei. Die Risiken sozialer Medien entstehen vor allem durch die Geschäftsmodelle großer Plattformunternehmen, die Aufmerksamkeit monetarisieren, Daten sammeln und durch algorithmische Systeme Inhalte verstärken. Statt Nutzer*innen auszuschließen, braucht es daher eine konsequente Regulierung der Plattformen selbst. Wir fordern Plattformen auch finanziell in die Verantwortung zu nehmen und so neue Finanzierungsoptionen für den Ausbau medienpädagogischer und weiterer Angebote in der Jugendarbeit zu schaffen.

Langfristig gilt für uns: Zentrale digitale Kommunikationsräume dürfen nicht von profitorientierten Plattformkonzernen organisiert werden. Wir fordern gemeinwohlorientierte digitale Infrastrukturen, die demokratischen Austausch ermöglichen.

In allen Fällen muss Medienkompetenz aller Altersgruppen strukturell gestärkt werden. Der Umgang mit digitalen Medien muss ein selbstverständlicher Bestandteil von Bildung sein – in Schulen ebenso wie in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte. Auch Eltern und Bezugspersonen brauchen bessere Unterstützung, um junge Menschen beim Umgang mit digitalen Medien begleiten zu können.

Eine linke Kinder- und Jugendpolitik setzt nicht auf Verbote, sondern auf **Rechte, Beteiligung, Bildung und Schutz**. Statt Social Media pauschal zu verbieten, müssen Jugendhilfe, Jugendarbeit und Medienbildung gestärkt werden. Gut ausgestattete Jugendzentren, Schulsozialarbeit und außerschulische Bildungsangebote leisten mehr für den Schutz junger Menschen als symbolpolitische Verbotsdebatten. Wer Kinder schützen will, muss sich für ausfinanzierte Unterstützungs- und Alternativangebote einsetzen und flächendeckend kostenlosen und attraktiven Freizeitaktivitäten und Freiräume schaffen.